



Klartext

Den Aufbruch wagen

Die Arbeit am neuen Grundsatzprogramm der SPD ist in die entscheidende Phase getreten. Bis Ende des Jahres wollen wir in der Programmkommission einen Textentwurf erarbeiten und ihn dann zur Diskussion stellen.

Es geht um nichts weniger als um die Zukunft der sozialen Demokratie: Wie wollen wir die soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert gestalten? Wie sieht für uns der Sozialstaat der Zukunft aus? Wie stärken wir soziale Verantwortung und Zusammenhalt in unserer Gesellschaft? Wie bringen wir die Sozialdemokratie auf europäischer Ebene voran, um dort zu handeln, wo der Nationalstaat an seine Grenzen stößt? Die Fragen haben es in sich – und auf überzeugende Antworten sind wir alle angewiesen.

Um irgendwohin zu gelangen, muss man von irgendwo aufbrechen. Dass die SPD den Aufbruch nicht scheut, hat sie in ihrer langen Geschichte bewiesen. Lasst uns auch den Weg zum neuen Programm gemeinsam wagen – lebhaft, kritisch und offen.

Ludwig Stiegler, MdB
Landesvorsitzender der BayernSPD

BayernVorwärts
Verantwortlich: Michael Waldbaur
BayernVorwärts-Redaktion
Georg-von-Vollmar-Haus
Oberanger 38 / II 80331 München
TEL (089) 23 17 11 0
FAX (089) 23 17 11 38
EMAIL bayernvorwaerts@spd.de

Sorgenvoller Semesterbeginn

Was Studiengebühren für Bayerns Studenten bedeuten

Isabella Fiorentino ist eigentlich Optimistin. Die 23-jährige studiert in München Lehramt für Englisch und Schulpsychologie, ist im AstA der Uni aktiv und engagiert sich bei den Jusos und der SPD. Doch zum Semesterbeginn blickt sie sorgenvoll in ihre Zukunft. Denn die CSU führt zum Sommersemester 2007 Studiengebühren ein.

Schon jetzt kommt Isabella in der teuren Stadt München kaum über die Runden: „Durch Kindergeld und Jobben komme ich auf 600 Euro im Monat“, so die Studentin. „Für die Miete gehen schon 300 Euro weg.“ Ab 2007 muss Isabella dann noch 80 Euro Studiengebühren im Monat aufbringen, ab 2008 fällt das Kindergeld weg und damit auch die Mitversicherung in der Krankenkasse. Es bleiben ihr also nur noch 10 Euro monatlich zum Leben.

Die erste Rechnung über 385 Euro (Studiengebühren und Semesterbeitrag) ist Isabella schon ins Haus geflattert. Ein Kredit ist die einzige Lösung, doch die zuständige Beraterin im Studentenwerk ist im Urlaub, und bei der Bank gibt es noch keine Informationen zu Studienkrediten. „Diese Unsicherheit nagt gewaltig an mir“, sagt Isabella nachdenklich. „Ich kann nur hoffen, dass meine Eltern einspringen.“

Besonders wütend ist die 23-jährige über die Scheinheiligkeit der CSU: „Seit 2003 wurden an den bayerischen Unis 600 Stellen gestrichen. Jetzt verkündet die Staatsregierung großspurig, dass sie 150 neue Stellen schafft. Da fühlt man sich als Student schon abgezockt.“



Existenzangst durch Studiengebühren: Die Studentin Isabella Fiorentino weiß nicht mehr, wie sie ihr Studium bezahlen soll.

Doch es überwiegt die Zukunftsangst: „Ich werde wohl noch mehr nebenbei arbeiten müssen“, seufzt Isabella: „Die Zeit geht dann vom Lernen weg.“ Was eine schlechte Note für ihre Einstellungschancen als Lehrerin bedeutet, daran will Isabella am liebsten gar nicht denken: „Ich schieb das immer noch ein bisschen weg. Aber eins ist klar: Der Druck nimmt zu.“ ■

Konsequentes Nein!



VON
WOLFGANG VOGEL,
HOCHSCHULPOLITISCHER
SPRECHER
DER SPD-LANDTAGSFRAKTION

„Die SPD bleibt bei ihrem grundsätzlichen und konsequenten 'Nein' zu Studierendengebühren. Mit der beschlossenen Einführung wird unserer Ansicht nach die akademische Ausbildung zur marktgängigen Ware reduziert. Unsere ersten Informationen zum Doppelhaushalt 2007/2008 zeigen, dass die Studiengebühren genau zur Deckung der Unterfinanzierungslücke beitragen sollen, die die Staatsregierung mit ihrer falschen Haushaltspolitik den Hochschulen aufbürdet. Außerdem gilt nach wie vor: Studierende sollen zwar künftig für ihr Studium bezahlen, mehr mitreden dürfen sie aber deshalb noch lange nicht. Es muss deshalb bei der Aufstellung der Gebührensatzungen dringend sichergestellt werden, dass die Studierenden zumindest über die Verwendung von Studiengebühren gleichberechtigt mitbestimmen können und dass die Gelder nur für die tatsächliche Verbesserung der Studienbedingungen herangezogen werden!“

Investieren statt verwalten

Trotz hervorragender Ausgangslage, trotz erheblicher finanzieller Spielräume will die CSU-Staatsregierung das Land weiter nur verwalten statt mit dem neuen Doppelhaushalt 2007/2008 die Zukunft Bayerns zu gestalten. Die Investitionsquote bleibt auf dem Minusrekord-Niveau von rund 12 Prozent. Zu Beginn von Stoibers Amtszeit waren es noch 21,6 Prozent.

Die Einnahmen sprudeln: Die Politik der Großen Koalition führt 2007 zu 2,3 Milliarden Euro Mehreinnahmen. Hinzu kommen dreistellige



Klausur in Schney: Jürgen Dupper kritisiert die geringe Investitionsquote.

Millionenbeträge aus Privatisierungserlösen. „Doch CSU und Staatsregierung schaffen keine Impulse für Investitionen. Der Entwurf des neuen Haushalts hilft der bayerischen Wirtschaft nicht weiter“, zog SPD-Haushaltssprecher **Jürgen Dupper** in der Franken-Akademie Schney erste Bilanz: „Wir wollen auf eine Investitionsquote von mindestens 15 Prozent kommen.“

Die finanziellen Spielräume will die Landtags-SPD gezielt nutzen: für Bildung und Wissenschaft, für Familien und Kinder, für die Entwicklung strukturschwacher Räume und für mehr Lebensqualität in Bayern. ■

Gastkommentar

Kündigungsschutz bringt Betriebsfrieden

VON PETER MOSCH,
GESAMTBETRIEBS-
RATSVORSITZENDER
DER AUDI AG,
INGOLSTADT



Der Kündigungsschutz ist seit Jahren Angriffen von Berufsfunktionären und Lobbyisten der Arbeitgeber und ihrer Verbände ausgesetzt. Ihre Argumentation ist einfach: Fällt der Kündigungsschutz, werden mehr und schneller Arbeitsplätze geschaffen. Diese Aussage hält der Realität nicht stand. Der Beweis: 1996 hatte die Regierung Helmut Kohl (CDU) Betriebe mit weniger als elf Beschäftigten vom Kündigungsschutz befreit. Die Verbandsvertreter des Handwerks hatten dafür rund 500.000 neue Arbeitsplätze versprochen. Doch zwei Jahre später waren es 100.000 Arbeitsplätze weniger. Dennoch – wider besseren Wissens – wird weiterhin verkündet: „Würde der Kündigungsschutz bei Neueinstellungen für die ersten fünf Jahre ausgesetzt und die betriebliche Mitbestimmung neu gefasst, sehen wir Chancen auf mehr Beschäftigung“, so Randolph Rodenstock, Präsident der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw).

Das ständige Wiederholen der Propagandaphrase - „Fällt der Kündigungsschutz werden mehr und schneller Arbeitsplätze geschaffen“ - fällt auf fruchtbaren Boden: Die gefühlte Einengung von Arbeitgebern durch den Kündigungsschutz in der Öffentlichkeit steigt.

Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung erbrachte ein verblüffendes Ergebnis: Rund zwei Drittel aller Unternehmen mit bis zu fünf Mitarbeitern meinten, sie seien durch den gesetzlichen Kündigungsschutz in ihrer Handlungsfreiheit eingeschränkt. Aber: Er gilt für sie gar nicht.

Eine generelle Abschaffung des Kündigungsschutzes verbunden mit Einschränkungen bei der betrieblichen Mitbestimmung würde die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu einem Spielball der jeweiligen Interessen und Launen der Unternehmensführung machen. Es gilt: Kündigungsschutz ermöglicht Arbeitnehmern, Leben, Fortbildung und berufliches Weiterkommen einigermaßen verlässlich zu planen. Und: Kündigungsschutz trägt zum Betriebsfrieden bei. Wer heutzutage einem Beschäftigten kündigen will, muss das rechtfertigen können und die gesetzlichen Bestimmungen einhalten. ■

Ein großer Erneuerer der Nachkriegs-SPD – 100. Geburtstag Waldemar von Knoeringen

Er ist aus der Nachkriegs-Geschichte der SPD nicht wegzudenken: **Waldemar von Knoeringen** wäre am 6. Oktober 100 Jahre alt geworden. Der bayerische Sozialdemokrat aus Rosenheim (1906-1971) war stellvertretender Parteivorsitzender und maßgeblich an Vorbereitung und Durchsetzung des Godesberger Programms beteiligt, mit dem sich die Partei ein neues Profil gab.

Waldemar von Knoeringen exponierte sich als bekannter Parteiredner frühzeitig gegen den Nationalsozialismus und musste 1933 fliehen. Nach seiner Rückkehr 1946 war der „rote Baron“ bis 1970 MdB, 1950 bis 1958 Fraktionsvorsitzender und 1947 bis 1963 Parteivorsitzender der bayerischen SPD.

BayernSPD-Chef **Ludwig Stiegler**: „Waldemar von Knoeringen war ein Vordenker, einer, der das Gespräch suchte, um die Befreiung von den Nazis als Befreiung für die soziale Demokratie zu nutzen, um eine neue Ordnung in Gerechtigkeit und Freiheit zu gestalten. Von Knoeringens Lebenswerk verpflichtet uns bis heute, die Menschen in seinem Sinne immer wieder in ein ‚neues Gespräch‘ zu verwickeln – über unser Grundsatzzprogramm, über die Entwicklung dieser Gesellschaft.“



Waldemar von Knoeringen: Festakt, Ausstellung, Buch und Film zum 100. Geburtstag eines großen Reformers.

Dienstag, 10. Oktober, 18.30 Uhr, im Maximilianeum: Die SPD-Landtagsfraktion lädt zum **Festakt** ein. Festredner ist **Hans-Jochen Vogel**. Anschließend Eröffnung der **Ausstellung** „Waldemar von Knoeringen – ein Leben in Bildern“ im Landtag.

Mittwoch, 11. Oktober, 20.00 Uhr, im Künstlerhaus am Lenbachplatz in München: Die Georg von Vollmar Akademie lädt zur **Buch- und Filmvorstellung** ein. Prof. Dr. Helga Grebing und Dr. Dietmar Süß haben die politische Lebensleistung von Knoeringens bilanziert. BR-Autorin Dr. Heike Brettschneider wird den ersten Dokumentarfilm über Knoeringen präsentieren. ■

Konsequent gegen Gentechnik

Prof. Michael Popp, Geschäftsführer der Bionorica Arzneimittel GmbH mit Sitz in Neumarkt, über die Stärken und Schwächen des Standortes Bayerns und die verfehlte Genpolitik von Bundesverbraucherschutzminister Horst Seehofer (CSU). Das BayernVorwärts-Interview führte Frédéric Verrycken.

Herr Professor Popp, Ihr Unternehmen setzt seit seiner Gründung auf die Herstellung von Heilpflanzenpräparaten. Taugt die Strategie denn noch für das 21. Jahrhundert?

Ja, gerade jetzt. Wir beobachten ein Umdenken zugunsten von Naturarzneien. Im direkten Wettbewerb mit chemisch-synthetischen Medikamenten erzielen wir in einigen internationalen Märkten doppelt so hohe Zuwachsraten wie der normale Pharmamarkt, und das nicht nur mit Arzneien wie Sinupret. Wir führen den Erfolg vor allem auf den Ansatz von Bionorica zurück, die Heilkräfte der Natur mit modernsten Methoden zu erforschen und mit innovativsten Technologien herzustellen. Solchen geprüften, hochwirksamen aber nebenwirkungsarmen Arzneien vertrauen zu Recht immer mehr Menschen, zumal sie auch von Kin-

dern hervorragend vertragen werden.

Ihr Unternehmen produziert im Gegensatz zu anderen Pharmaunternehmen nach wie vor hierzulande. Was hält sie hier?

Sehr viel. Bionorica findet hierzulande hoch qualifizierte und engagierte Mitarbeiter. Die Grundlage unserer Herstellung ist allerdings die Forschung, und die betreiben wir weltweit. Andere Länder haben erkannt, welches ungeheure Potenzial in diesem Zukunftsfeld der Pharmazie steckt, und heißen uns deshalb mit offenen Armen willkommen. Österreich zum Beispiel fördert unser zusätzliches Forschungszentrum in Innsbruck mit Subventionen.

Horst Seehofer, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, CSU, setzt sich für eine

Nutzung der „grünen Gentechnik“ ein. Sie als Pharma-Unternehmer auch?

Wir lehnen die Verwendung von gentechnisch verändertem Saatgut oder Pflanzen strikt ab. Bei vielen Pflan-



Engagiert gegen den Trend zur Gentechnik: Professor Michael Popp

zen wissen wir immer noch zuwenig über Inhaltsstoffe und ihre Wirkungen, zumal wenn sie auch noch gentechnisch verändert werden. Hat dieses Produkt dann noch einen Wert oder schadet es sogar dem Menschen? Erst wenn wir diese elementaren Fragen beantworten können, sollten wir über einen Einsatz nachdenken.

Die Bionorica stellt auch ein Cannabispräparat her. Ein Medikament ohne Nebenwirkungen?

Wir haben eine Rezeptur entwickelt, die als Begleittherapie mit Erfolg bei AIDS-, Krebs- oder Multiple Sklerose-Patienten eingesetzt wird. Die Nebenwirkungen beim Einsatz dieser Rezeptur sind deutlich geringere als bei anderen zurzeit verfügbaren Medikamenten.

Übrigens: Der Inhaltsstoff, den wir extrahieren, kommt aus dem Industriehanf und nicht etwa aus der Cannabis-Pflanze, die als Rauschdroge verwendet wird. ■

CSU-Programmdiskussion: Frauenpolitik nein danke!

Das Patriarchat als Konzept: Stoiber hat in seiner Grundsatzrede zum CSU-Programm das Thema Familien- und Frauenpolitik in nur einem einzigen Satz erwähnt - seine Partei stehe zum Ehegattensplitting.

„Wer so die Realität von Frauen ausblendet, ist nicht zukunftsfähig. Von der CSU-Programmdiskussion ist nur die Ideologie der fünfziger Jahre zu erwarten“, so **Adelheid Rupp**, MdL, Landesvorsitzende der SPD-Frauen (AsF).

Die Politik müsse sich damit auseinandersetzen, dass Frauen sich auch gegen das traditionelle Bild von Ehe und Familie entscheiden und erfolgreich im Beruf sein können. Dass sie eine Partnerschaft ohne Trauschein haben, Single bleiben und Kinder haben können oder auch nicht.

Adelheid Rupp: „Wir fordern gleichberechtigte Aufstiegsmöglichkeiten für Frauen mit und ohne Kinder und für solche, die eine Familie gründen möchten.“



Genossin spricht für bayerische Eltern

Seit Anfang August ist die Münchner Genossin **Isabell Zacharias** Landesvorsitzende des Bayerischen Elternverbands (BEV). Die gelernte Ernährungswissenschaftlerin ist Mutter zweier Töchter. Die 41-jährige steht dem achtköpfigen Leitungsgremium des Verbands vor, der zwischen 300.000 und 400.000 Eltern im Freistaat erreicht. Isabell Zacharias zum BayernVorwärts: „Jedes Kind muss eine Chance auf Bildung haben. Dafür arbeite ich.“ ■

Kontakt: loszacharios@gmx.de

World Mayor 2006 – ein Bayer?!

Der Papst ist ein Bayer. Bis Ende Oktober kann im Internet nun auch noch ein Bayer zum Weltbürgermeister gemacht werden. Nachdem Münchens Oberbürgermeister Christian Ude im vergangenen Jahr nominiert war, steht in diesem Jahr sein Augsburger Kollege **Paul Wengert** auf der Kandidatenliste. Eine internationale Vereinigung von Journalisten und Ökonomen will mit diesem Award die Bedeutung der Kommunen ehren. ■

Abstimmung und weitere Informationen unter www.worldmayor.com

Umweltwochenende – Energieoffensive in Hetzles

Am 7. und 8. Oktober lädt die SPD-„Energieoffensive Forchheim“ zum Umweltwochenende nach Hetzles ein. Hier kann man sich ausführlich und umfassend über die Vielzahl von Möglichkeiten der solaren Welt und der regenerativen Energien informieren.

Besondere Attraktion ist der Solar Demo Truck der Firma Schüco, eines führenden Solarherstellers, der in Hetzles Station macht. ■

Mehr unter www.spdforchheim.de

Klinken putzen für zusätzliche Lehrstellen

Das neue Lehrjahr hat begonnen, doch in Bayern suchen noch 30.000 Bewerber einen Ausbildungsplatz. Die bayerischen SPD-Abgeordneten machen sich deshalb für die Schaffung von Lehrstellen stark. Ein Beispiel:

Petra Ernstberger aus Hof geht derzeit bei den Unternehmen ihres Wahlkreises Klinken putzen. Ziel: 30 zusätzliche Ausbildungsplätze. „Trotz gestiegener Bewerberzahlen geht die Zahl der tatsächlich abgeschlossenen Ausbildungsverträge seit Jahren zurück“, so die Bundestagsabgeordnete. Wie andere Abgeordnete geht sie deshalb mit gutem Beispiel voran. In ihrem Büro fängt demnächst ein Azubi an.



MdB **Petra Ernstberger** sucht Ausbildungsplätze.

Für uns im Landtag

DR. CHRISTOPH
RABENSTEIN

„Kontrolle der Macht in Bayern und etwas bewegen für den Bürger.“ Das ist die politische Maxime für den Bayreuther SPD-Landtagsabgeordneten **Dr. Christoph Rabenstein**. In seinem Fachbereich geht es ihm vor allem darum, gegen den Ausverkauf in den verschiedenen kulturellen Bereichen anzukämpfen – ob es um Bibliotheken, um Denkmalschutz oder um die Erwachsenenbildung geht.

Christoph Rabenstein gehört dem Hochschul- und dem Umweltausschuss des Landtags an und vertritt die SPD-Fraktion im Landesdenkmalrat. In seiner Heimatstadt Bayreuth ist er Stadtrat und steht an der Spitze der SPD und des VdK.

Kontakt: Bürgerbüro Friedrich-Puchta-Str. 22,
95444 Bayreuth, TEL 0921 87 10 253,
FAX 0921 87 10 255, EMAIL christoph.
rabenstein@bayernspd-landtag.de,
INTERNET www.spd-bayreuth.de

Wally Mörtl: 80 Jahre Treue

So eine Treue über Generationen hinweg findet man selten: 80 Jahre gehört **Wally Mörtl** nunmehr der SPD an und pflegt weiterhin auch vom Seniorenheim der Arbeiterwohlfahrt in Weiden aus intensive Kontakte mit ihren Parteifreunden. Was die auch zu einer großen Gratulationscour zum 97. Geburtstag ihrer Wally brachte. Artig bedankte sich SPD-Stadtverbandschef und MdL **Werner Schieder**: „Wir und viele Menschen in Weiden, haben Dir, liebe Wally, der Grande Dame der Weidener Sozialdemokratie, viel zu verdanken.“

Leicht war ihr Leben nicht – vor allem während der beiden Weltkriege, der Weimarer Republik und der Nachkriegszeit, erzählt Wally: Doch die Ereignisse hätten sie gestählt, ihr Kraft und Energie geschenkt. Aus ihrer Lebenserfahrung hat sie eine soziale Einstellung zum Segen vieler Menschen entwickelt. Ab 1946 war sie im SPD-Büro Anlaufstelle für Tausende von Flüchtlingen, begründete die Arbeiterwohlfahrt in Weiden mit und war jahrzehntelang Stadträtin. Bei den Gratulanten bedankte sich Wally: „Liebe Freunde habe ich in Euch.“ ■



Der Landrat überbrachte Glückwünsche von Altbundeskanzler **Helmut Schmidt** für **Martha Kösllich**.

80 Jahre SPD: Martha Kösllich

Zum 95. Geburtstag von **Martha Kösllich** aus Höchststadt a.d. Aisch überbrachte **Eberhard Irlinger** (SPD), Landrat des Landkreises Erlangen-Höchststadt, die besten Glückwünsche. Der Landkreischef gratulierte der rüstigen Seniorin nicht nur zum Wiegenfest, sondern auch zu 80 Jahren SPD-Zugehörigkeit.

Martha Kösllich vertritt aus Leidenschaft auch heute noch die Meinung, Sozialdemokratie sei eine Lebensauffassung. Besonders freute sie sich über ein Geschenk: ein gerahmtes Bild mit einem Glückwunschscheiben von Helmut Schmidt, in dem der Altbundeskanzler der doppelten Jubilarin ganz persönlich gratuliert. ■

100 Jahre OberpfalzSPD

Am 9. September 1906 trafen sich die Vertreter aus 16 Gliederungen der 5 Oberpfälzer Reichstagswahlkreise in Schwandorf zur ersten „Oberpfälzischen Sozialdemokratischen Parteikonferenz“. Die OberpfalzSPD war geboren.

Ihren 100. Geburtstag feiern die Oberpfälzer Sozialdemokraten am Freitag, 17. November, in der Oberpfalz-Halle des Geburtsortes Schwandorf. Festredner wird der frühere SPD-Landeschef **Rudolf Schöfberger** sein. Für den „roten Rudi“ war die Oberpfalz die zweite politische Heimat, die er nicht nur mit weit über 100 Veranstaltungen, sondern vor allem im Kampf gegen die WAA engagiert unterstützte.

Heute zählt die OberpfalzSPD über 225 Ortsvereine mit über 10.000 Mitgliedern. Sie stellt zwei Landräte und einen Oberbürgermeister, dazu viele Bürgermeister. Vor allem für jüngere Menschen ist die SPD wieder eine Top-Adresse für Mitarbeit und gesellschaftliche Verantwortung geworden.